

Gesetzentwurf

des Abgeordneten Dr. Gregor Gysi und der Gruppe der PDS/Linke Liste

Entwurf eines Gesetzes über den Tag der Mahnung und Erinnerung an die jüdischen Opfer des Massenmordes während der Nazidiktatur zwischen 1933 und 1945 in Deutschland

A. Problem

In der Nacht vom 9. November 1938 fand in Deutschland ein Pogrom gegen jüdische Mitbürgerinnen und Mitbürger statt. Sie wurden erschlagen, verletzt, beleidigt und gedemütigt. Synagogen, Geschäfte und andere Einrichtungen von Jüdinnen und Juden wurden durch Brandstiftung und auf andere Art und Weise zerstört oder beschädigt. Dies war ein Verbrechen, dem sich eine in der Geschichte einmalige Verfolgung der europäischen Jüdinnen und Juden anschloß, der letztlich Millionen zum Opfer fielen, die in Vernichtungsstätten, wie in Auschwitz, fabrikmäßig ermordet wurden.

B. Lösung

Der 9. November ist zum Symbol der Verfolgung und Ermordung der Jüdinnen und Juden durch das deutsche Naziregime geworden. Bis zum heutigen Tag ist er aber nicht zum offiziellen Gedenktag erklärt worden. Dies ist das Ziel des Gesetzentwurfes.

C. Alternativen

Keine

D. Kosten

Keine

Entwurf eines Gesetzes über den Tag der Mahnung und Erinnerung an die jüdischen Opfer des Massenmordes während der Nazidiktatur zwischen 1933 und 1945 in Deutschland

Der Bundestag hat das folgende Gesetz beschlossen:

§ 1

Der 9. November ist der Tag der Mahnung und Erinnerung an die jüdischen Opfer des Massenmordes während der Nazidiktatur zwischen 1933 und 1945 in Deutschland.

§ 2

Der Deutsche Bundestag führt jährlich am 9. November eine Gedenkveranstaltung durch.

§ 3

Dieses Gesetz tritt am Tage nach seiner Verkündung in Kraft.

Bonn, den 28. September 1993

Dr. Gregor Gysi und Gruppe

Begründung

55 Jahre nach der Pogromnacht vom 9. November 1938 ist es höchste Zeit, durch einen Gedenktag dem Vergessen an das dunkelste Kapitel deutscher Geschichte und ihrer Umdeutung entgegenzuwirken.

Gerade als Deutsche, die die Verbrechen begingen, sind wir in besonderem Maße gehalten, die Erinnerung wachzuhalten, Mahnung deutlich werden zu lassen und vor allem den Millionen jüdischen Opfern zu gedenken.

Die Zunahme von Rechtsextremismus und Antisemitismus in Deutschland erfordert es zusätzlich, regelmäßig an die Folgen solcher Politik zu erinnern. Niemand kann den Opfern des Holocaust ihre Leben wiedergeben oder ihnen ihre Leiden nehmen, aber wir können einen Beitrag dazu leisten, daß sie nicht vergessen werden und sich gleiches oder ähnliches nie wiederholt.